

Länder messen die Folgen der Polizeidienstunfähigkeit (PDU) mit zweierlei Maß und oft nach Haushalts- beziehungsweise Kassenlage

# Demografischer Wandel und Gesundheit stehen im Zusammenhang

Von Wolfgang Ladebeck, stellvertretender Bundesvorsitzender

Der Polizeiberuf gehört zu den Berufsgruppen, die nach Art ihrer Tätigkeit höheren körperlichen und psychischen Belastungen als viele andere Berufsgruppen ausgesetzt sind. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen in ihrem täglichen Dienst ständig Konflikte lösen und mit gewaltbereiten Menschen umgehen und das rund um die Uhr. Dazu kommt in vielen Landespolizeien und in der Bundespolizei ein ständiger Personalabbau einhergehend mit Überalterung des Personalkörpers und sich ständig ändernde organisatorische Rahmenbedingungen. Die Folgen sind eine immer stärkere Arbeitsverdichtung und stetig steigende Anforderungen.

## Die Dienstherr trägt Verantwortung gegenüber Mitarbeitern

Erscheinungen, wie physische und psychische Erkrankungen, Überlastung, Burn-out und Motivationsverlust nehmen rasant zu. In vielen Dienststellen haben der Krankenstand im Allgemeinen und Langzeiterkrankungen bereits bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Zahl der verwendungseingeschränkten Polizeivollzugsbeamten wächst. Verschärfend kommt hinzu, dass die Einführung und Umsetzung der neuen PDV 300 (Ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Polizeidienstfähigkeit) in den einzelnen Bundesländern beziehungsweise bei der Bundespolizei sehr unterschiedlich ausgelegt und gehandhabt werden. Hier geht es besonders um die vorzeitige Versetzung



Wolfgang Ladebeck

in den Ruhestand bei Polizeidienstunfähigkeit und gleichzeitiger allgemeiner Dienstfähigkeit.

Auf der einen Seite gehen Bundesländer aus Sicht der Interessenvertretungen positiv mit dieser Situation um. Es gibt aber eine Reihe anderer Länder, die oftmals nur nach Kassenlage entscheiden, um dadurch zum Beispiel den Personalabbau voranzutreiben beziehungsweise mehr neue junge Polizeivollzugsbeamte einstellen zu können. Es hat den Anschein, dass sich diese Länder unter Missachtung der Rechtslage ihrer Verantwortung gegenüber ihren gesund-

heitlich eingeschränkten Polizisten entziehen wollen.

Dabei geht es vorrangig nicht nur um die Kolleginnen und Kollegen, die schon sehr lange im Krankenstand sind, sondern um diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen die Voraussetzungen für den Exekutivdienst nicht mehr erfüllen, aber weiterhin ihren täglichen Dienst verrichten. Hier muss zur Vermeidung einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand bei PDU einheitlich für alle Landespolizeien und die Bundespolizei Folgendes erreicht werden. Der Dienstherr muss neben der Möglichkeit, Polizeibeamte in eine andere Laufbahn zu ver-

setzen, als Erstes wohlwollend prüfen, ob vollzugsdienstunfähige Polizeibeamte auch für solche Dienstposten im Vollzugsdienst vorgesehen werden können, für die keine volle Verwendbarkeit notwendig ist. Die Weiterverwendung dieser hochmotivierten Kolleginnen und Kollegen ist aufgrund der zunehmenden Arbeitsverdichtung und des hohen Wissenspotenzials und der langjährigen beruflichen Erfahrung immens wichtig für die Polizei.

## Die DPoIG kümmert sich

Auch gesundheitlich eingeschränkte Polizistinnen und Polizisten sind uns sehr wichtig. Die DPoIG hat dies bereits erkannt und mit der Bildung der Fachkommission Behindertenangelegenheiten ein fachkompetentes Team aufgestellt. Diese Fachkommission unter Vorsitz von Frank Richter arbeitet sehr eng mit der DPoIG-Bundesleitung zusammen und fungiert als Bindeglied sowohl zur AG Behindertenpolitik im dbb als auch zur Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen Polizei Bund/Länder (AGSV). In dieser Arbeitsgemeinschaft sind alle Haupt- und Gesamtschwerbehindertenvertretungen der Polizeien der Länder und der Bundespolizei sowie des BKA tätig. Mit dieser geballten Fachkompetenz im Gespräch zu bleiben und sich zum Beispiel bei Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsvorhaben auszutauschen beziehungsweise zu unterstützen, ist für uns als Deutsche Polizeigewerkschaft ein sehr wichtiges Anliegen. ■